



Michael Weaver

Political Friendship.

Liberal Notables, Networks, and the Pursuit of the German Nation State,
1848–1866 (Studies in German History, Vol. 29)

Berghahn Books | New York/Oxford 2024
260 Seiten, Hardback | £140.00
ISBN 978-1-80539-283-5

Mark Willock

Liberale Honoratioren im politischen Massenmarkt.

Parteiorganisation und Wählermobilisierung in Deutschland und Großbritannien,
1867–1914 (Bürgertum. Neue Folge, Bd. 25)

Vandenhoeck & Ruprecht | Göttingen 2024
548 Seiten, gebunden | 80,00 €
ISBN 978-3-525-30279-8

rezensiert von

Tobias Kaiser, Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin

Es gab Zeiten, da war die Geschichte der politischen Parteien und ihrer Wurzeln im 19. Jahrhundert ein angesagtes Thema der Geschichtswissenschaft. Gerade in der Zeit, als in der Bundesrepublik das Parteiensystem stabil und überschaubar zu sein schien, boomte der Rückblick auf bewegtere Vergangenheiten. Einige Größen des Fachs wie Thomas Nipperdey,

Rudolf Morsey, Susanne Miller oder Gerhard A. Ritter verdienen sich ihre Meriten und auch akademische Grade in diesem Gebiet. Zeitgleich wurde auch in der DDR die Geschichte der Parteien – und zwar nicht nur jener der Arbeiterbewegung – mit großem Aufwand erforscht. Historiografisch und methodisch lassen sich an der Parteiengeschichtsschreibung sehr gut die verschiedenen Trends und Turns unseres Fachs erkennen. Angefangen bei der Ideengeschichte à la Friedrich Meinecke, die von Ludwig Bergsträsser bewusst auf die politischen Parteien angewandt wurde, folgten Konzepte einer »Sozialgeschichte der Ideen« und einer eher quantitativen Analyse von Sozialstruktur und Wahlergebnissen.

Neuere sprach-, kultur-, emotions- und kommunikationsgeschichtliche Ansätze wurden bisher jedoch eher selten aufgegriffen. Der Boom der Parteiengeschichte scheint vorbei zu sein. Dabei zeigen doch der fortschreitende Verlust an Vertrauen in die heute bestehenden Parteien und die destabilisierende Wirkung dieser Entwicklung auf unsere Demokratie, wie wichtig eine Wiederbelebung dieses Forschungsfelds wäre. Hier ließe sich ganz grundsätzlich fragen, wie Parteien eigentlich entstanden. Mit welchen Motiven und Mitteln fanden sich politisch Gleichgesinnte innerhalb und außerhalb der Parlamente zusammen, um ihre Ziele zu bündeln und eine gemeinsame Programmatik und Praxis auszuarbeiten? Dabei lohnt sich durchaus noch immer der Blick zurück ins 19. Jahrhundert, in dem manche gesellschaftlichen Fragen der Moderne erstmals gestellt wurden und in dem politische Partizipation zwar als Zielvorstellung formuliert wurde, aber die parlamentarische Demokratie noch keine Selbstverständlichkeit war.

Diese Zeit nehmen die beiden hier vorzustellenden Bücher mit innovativen Ansätzen in den Blick, indem sie sich dem politischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts und seinen fluiden Parteistrukturen widmen. Michael Weaver verortet sein Buch historiografisch klar als »cultural history of politics« (S. 6). Marc Willock positioniert sich noch ausführlicher: Er plädiert dafür, einen Weg zu gehen »weg von Studien, die nach Mitgliedszahlen, Parteistrukturen, dem formellen Wahlrecht, den Wahlergebnissen und den Wahlentscheidungen fragen, und hin zu einem kulturalistischen Ansatz, der Impulse aus den linguistic, visual und spatial turns aufgreift und sich stärker auf die Wahlpraxis sowie die symbolischen, diskursiven und materiellen Dimensionen von Wahl- und Parteiensystem konzentriert.« (S. 13f.)

Weavers Buch ist als Dissertation in Toronto bei James Retallack entstanden, der schon vor fast 40 Jahren die Parteiengeschichtsschreibung um das Konzept der politischen Mobilisierung erweiterte.¹ Weaver nimmt darin den politischen Liberalismus in Deutschland im Zeitraum von 1848 bis 1866 in den Blick, ein für die politische Organisationsgeschichte bislang wenig beachteter Untersuchungszeitraum. Er konstatiert zudem einleitend, dass die Bedeutung emotionaler Beziehungen von den meisten Historikern bisher übersehen worden sei. Aus diesem Grund arbeitet er als Analysekategorie den Begriff der »politischen Freundschaft« heraus. Diese sei nicht nur bilateral zu verstehen, sondern »the basis of informal networks of personal, professional, and political support.« (S. 1) Politische Freundschaft zielt dabei ausdrücklich nicht auf die Herstellung eines inhaltlichen Konsenses. Es geht auch nicht um gemeinsame Schritte einer Formalisierung oder Parteigründung, sondern zunächst einmal nur um das freundschaftliche Ausloten von Gemeinsamkeiten innerhalb einer Gruppe liberaler Honoratioren. Der Autor betreibt damit konsequent eine Netzwerkanalyse als Emotions- und Kommunikationsgeschichte.

Für die Quellenauswahl bedeutend ist, dass »politische Freundschaft« im 19. Jahrhundert nicht selten als Brieffreundschaft überliefert wurde. Die vom Autor untersuchte Gruppe besteht im Kern aus neun Personen: Max Duncker, Charlotte Duncker, Karl Mathy, Karl Samwer, Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha, Franz von Roggenbach, Karl Francke, Heinrich von Sybel und Gustav Freytag. Diese Kerngruppe wird in konzentrischen Kreisen um weitere Mitglieder erweitert, zu denen Hermann Baumgarten, Rudolf Haym, Berthold Auerbach, Großherzog Friedrich I. von Baden, Ernst von Stockmar und Eduard von Tempelтей gezählt

¹ Vgl. James N. Retallack, *Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1876–1918*, Boston 1988.

werden, zudem als gelegentliche Kommunikationspartner Friedrich Bassermann, Alexander von Soiron, Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen (der spätere Kaiser Friedrich III), Johann Gustav Droysen, Robert Morier, August von Saucken-Julienfelde und Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach. Insgesamt handelt es sich also um ein recht großes Netz mit prominenten Persönlichkeiten als Knotenpunkte. Im Buch helfen knappe biografische Informationen, Tabellen und Schaubilder bei der Orientierung. Der untersuchte Personenkreis enthält Frauen und Männer verschiedener Religionen und Konfessionen, Adelige wie auch Bürgerliche aus unterschiedlichen Einzelstaaten des Deutschen Bundes. Gemeinsam war ihnen die liberale politische Grundhaltung; sie wollten moderne Veränderungen und Öffnungen der Gesellschaft, allerdings stets als »reform without revolution« (S. 114).

Im Rahmen seiner Netzwerkanalyse geht es Weaver gleichermaßen um die »großen« politischen und um die »kleinen« persönlichen Fragen, um das Zusammenspiel von Emotionen und politischen und beruflichen Interessen. Vor allem überzeugt die innovative Perspektive des Ansatzes: Die gesamte deutsche Geschichte wird aus der Sicht eines Netzwerks geschrieben. Weaver untersucht, wie seine Protagonisten auf politische Konstellationen und Ereignisse reagierten, wie sie diese kommentierten und wie sie handelten, sich beruflich orientierten und Unterstützung erhielten. Die Parteiengeschichte des Liberalismus im engeren Sinne steht nicht im Fokus der Studie. Vielmehr diskutieren ihre Protagonisten über bürgerliche Freiheit, die Bedeutung der Verfassungen, auch über Wirtschaftsfragen, die rechtliche Gleichheit der Juden, vor allem jedoch über die nationale Frage – über »all the possible Germanies, between 1815 and 1866« (S. 12).

Im ersten Kapitel »Friendly Preconditions« werden die Hintergründe und individuellen Vorgeschichten auch im zeitlichen Rückgriff beschrieben. Die weiteren Kapitel sind chronologisch aufgebaut. Deutlich wird von Anfang an die große Bedeutung der Bildung – ein Wort, das Weaver nicht ins Englische übersetzt. Die Protagonisten tauschten sich über Reiseerfahrungen oder gemeinsame Lektüre aus, betonten ihre emotionale Verbundenheit. In den frühen 1850er-Jahren erkennt Weaver bei » [s]ome members evident frustration« (S. 88). Das Netzwerk diskutierte die Lage der Presse, den Krimkrieg, die Haltung zu den preußischen Konservativen, die Bedeutung der Klein- und Mittelstaaten im Deutschen Bund. Mit dem Ende des konservativen preußischen Kabinetts Manteuffel kam 1858 die Hoffnung auf ein moderat-liberales Klima auf und das Netzwerk entwickelte rege Reformpläne. Man tauschte sich aus, wo liberale Köpfe Anstellungen finden könnten.

Da sich Weavers Buch an ein englischsprachiges Publikum richtet, muss inhaltlich auch Basiswissen zur deutschen Geschichte wiedergegeben werden. Insbesondere werden Konzepte der deutschen nationalen Frage erklärt: die kleindeutsche oder großdeutsche Option, die Bedeutung des »Dritten Deutschlands« – der Trias-Idee einer gemeinsamen Politik der deutschen Mittelstaaten, unabhängig von Preußen und Österreich. Insgesamt ist die Darstellung damit durchaus voraussetzungsreich. Da fast jedes Mitglied der prominenten Gruppe eine Fülle von Quellen hinterließ, lohnte sich eigentlich fast zu jedem von ihnen eine eigene Biografie. Hier werden ihre Interaktionen dargestellt – auf knappen Raum und damit an manchen Stellen recht kurz.

Weaver gibt zwar explizit an, an vorhergehende Forschungen etwa von Wolfram Siemann, Andreas Biefang und Christian Jansen anzuknüpfen, betrachtet anders als diese jedoch weniger die Tätigkeit der Liberalen in politischen Vereinen, Parteien und Parlamentsfraktionen. So werden zwar neue Perspektiven aufgemacht, aber über weite Teile referiert der Autor doch die bekannten Entwicklungen der Real- und Machtpolitik und damit primär monarchisches Handeln. Das gilt etwa in den Kapiteln zum Frankfurter Fürstentag und zur Vorgeschichte des Norddeutschen Bundes. Eine große Rolle spielen die Schleswig-Holstein-Frage, die Augustenburgische Bewegung und die Deutsch-Dänischen Kriege, waren doch Teile des untersuchten Netzwerks in holsteinischen Diensten und trafen sich die Augustenburger in Gotha. In einem größeren Maße steht auch die Rolle Preußens zur Diskussion und damit die Politik Bismarcks. Mehr und mehr konnte das Netzwerk nur noch durch das gemeinsame

Streben nach der deutschen Einheit zusammengehalten werden; der Weg dorthin war innerhalb der politischen Freunde zunehmend umstritten. Sollte man sich pragmatisch auf Bismarck einlassen? Die Frage der Annäherung an die Konservativen, die das Netzwerk schon in den 1850er Jahren umgetrieben hatte, stellte sich immer wieder. Zum Ende des Untersuchungszeitraums kollabierte laut Weaver das Netzwerk. Das Buch endet mit einem Kapitel über die autobiografischen Reflexionen der Beteiligten. Dieser Teil des Buches, in dem nur noch vom »former network« die Rede ist, fällt nicht nur hinsichtlich des Untersuchungszeitraums etwas aus dem Rahmen. Es geht dem Autor an dieser Stelle eher um die bürgerliche »biografische Illusion« im Sinne Pierre Bourdieus, ohne dass dieser explizit genannt wird.

Insgesamt liegt das Faszinierende bei Weavers Buch darin, dass die Geschichte aus Sicht der Akteure eines liberalen Netzwerkes, also gleichsam aus einer kollektiven Ego-Perspektive heraus, beschrieben und dabei die emotionale Ebene beachtet wird. So erweitert das Buch den Blick sowohl auf den Liberalismus als auch die deutsche Nationalstaatswerdung im 19. Jahrhundert. Nicht alle möglichen Themen einer kommunikationsgeschichtlichen Netzwerkanalyse werden jedoch ausgeschöpft. Insbesondere wird die darniederliegende Geschichte der Parteien und politischen Richtungen nur indirekt adressiert, wenn etwa wie beiläufig die frühe »Wochenblattpartei« genannt wird oder der Deutsche Nationalverein Erwähnung findet.

Will man über den organisierten Liberalismus, dessen Aktivität im kompetitiven System politischer Wahlen und dessen Reaktion auf den zunehmend komplexer werdenden politischen Massenmarkt mehr erfahren, so sollte man das zweite hier vorzustellende Buch heranziehen, das chronologisch im Jahr 1867 anschließt und bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 führt. Es ist wesentlich umfangreicher ausgefallen und liefert einen deutsch-britischen Vergleich. Mark Willock, ein in Großbritannien geborener und in Deutschland lebender Historiker, ist – das sei vorweggenommen – mit seiner ursprünglich von Hans Fenske betreuten Freiburger Dissertation ein großer Wurf gelungen.

Ausgangspunkt ist der beschriebene eingefrorene Forschungsstand zur Parteiengeschichtsschreibung, wobei Willock betont, dass die deutsche Liberalismusforschung durch die »Hinwendung [...] zur regionalen und kommunalen Ebene in den letzten Jahrzehnten« durchaus neue Erkenntnisse erarbeitet habe, diese aber weitgehend unverbunden zur Entwicklung der liberalen Organisation standen. In Bezug auf diese überwiegen vielmehr ältere Forschungspositionen, die ohne Kenntnis empirischer Lokalstudien dazu neigen, »liberale Parteistrukturen zu unterschätzen und sie mit dem Maßstab der modernen Parteibildung etwa der SPD zu messen.« (S. 12)

Willocks Ansatz ist ein konsequenter mikrohistorischer Vergleich, der aufbauend auf einer breiten Quellenbasis die Bedeutung der lokalen Ebene betont. Dabei untersucht er jeweils drei britische und drei deutsche Städte, deren Auswahl jeweils plausibel begründet wird: Kingston upon Hull, Newcastle upon Tyne und Nottingham sowie Bremen, Mannheim und Magdeburg. Seine Quellengrundlage besteht aus Eigenpublikationen der liberalen (Wahl-)Vereine, der Berichterstattung der lokalen Presse sowie Briefen, Reden und Konzeptpapieren, die in Politikernachlässen überliefert wurden.

Nach einer konzisen Einleitung folgen fünf inhaltliche Kapitel, die das gesamte Spektrum einer modernen Parteiengeschichtsforschung aufmachen: Organisationsformen und Organisationspraxis, inklusive Finanzierung sowie Presse- und Verbandsarbeit (Kapitel zwei); die Kommunikation der Abgeordneten mit ihren Wählern (Kapitel drei); der Wahlkampf mit Redehalten, Aspekten der Performanz, der »Kleinarbeit«, der Visualisierung durch Farben, Symbole und Wahlwerbung bis hin zum Thema Korruption und Gewalt (Kapitel vier); die Wählermobilisierung und die Professionalisierung liberaler Organisationen (Kapitel fünf); und schließlich Fragen von Netzwerk, Milieu und Vereinen (Kapitel sechs). Lediglich ein Monitum bleibt: Angesichts der in beiden Ländern stark politisierten Frauen(wahlrechts)bewegung hätte man sich eine stärkere Berücksichtigung der Genderproblematik gewünscht.

Zu Beginn des umfassenden Panoramas steht die Frage: »Kann man Liberale organisieren?« (S. 29) Honoratiorenpartei versus moderne Organisation – dieses Spannungsverhältnis zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Darstellung. Die Frage wird durchgehend vor dem Hintergrund der neuartigen gesellschaftlichen, sozialen und medialen Herausforderungen der hier untersuchten Zeit gestellt, die man mit den Labels Massenpolitisierung und Demokratisierung zusammenfassen kann.

In Deutschland wurde zu Beginn des Untersuchungszeitraum ein neues Wahlrecht auf der nationalen Ebene eingeführt. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer, das erstmals 1867 für die Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes angewendet wurde, galt im internationalen Vergleich damals als ungemein fortschrittlich. Dagegen wurde diese Gleichheit im eingeschränkten britischen System bis 1918 nicht erreicht. Die ältere Forschung betont dies allzu stark und macht darin Sonderwege aus. Willocks empirisch gesättigte Forschung zeigt nun aber, dass die Unterschiede der beiden Länder keineswegs so stark wirkten. Zwar verliefen »Demokratisierung, Rationalisierung und Nationalisierung der Politik [...] in beiden Ländern weder gleichmäßig noch gradlinig« (S. 502), aber die Debatten und Praktiken waren durchaus ähnlich.

Die parteipolitische Organisationsbasis der Liberalen war in beiden Ländern eher schwach ausgeprägt, gab es doch hier wie dort »erhebliche Vorurteile gegenüber der modernen Parteimaschine« (S. 90), und erst in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg entwickelten sich ansatzweise Mitgliederparteien. Allerdings agierten die Liberalen durchaus erfolgreich – in Großbritannien bis hin zur nationalen Regierungsebene, in Deutschland primär vor Ort in den untersuchten Kommunen. Von großer Bedeutung war die erfolgreiche liberale Presse in beiden Ländern, wobei »Zeitungen und Zeitschriften [...] nicht nur der kurzfristigen Wählermobilisierung, sondern auch der längerfristigen Bindung der Anhänger an die liberalen Parteien« (S. 138) dienen.

Auch die politischen Zielvorstellungen der liberalen Politiker waren ähnlich. Die Betonung des Gemeinwohls, der »community«, war ebenso wie die bildungsbürgerliche Idee des »education improvement« in beiden Ländern tief verwurzelt. Soziales Engagement wurde im lokalen Handeln in karitativen Vereinen und in den Kirchengemeinden gelebt. Gemeinsamen Treffen dienten, durch Familienzusammenhänge und Netzwerke verstärkt der praktizierten Geselligkeit.

Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen Großbritannien und Deutschland bestand im Umgang der Liberalen mit der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen. Die britischen Liberalen waren lange Zeit den Gewerkschaften eng verbunden. Teile der Arbeiterschaft fanden deshalb ihre politische Heimat zunächst innerhalb des Liberalismus. In Deutschland gelang dies den Liberalen nicht, stattdessen war bei ihnen der Kontakt zu Unternehmerverbänden stärker ausgeprägt. Im Vergleich entwickelte sich vor allem die Arbeiterbewegung in Deutschland anders und organisierte sich teilweise im politischen Katholizismus, vor allem aber, in bewusster Abgrenzung zum Bürgertum, in der Sozialdemokratie, die im Kaiserreich zur stärksten Partei aufstieg. Die britische Labour Party bildete sich dagegen erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Trotzdem zeigt Willocks Analyse, dass innerhalb des Liberalismus beider Länder keine grundsätzlich unterschiedlichen Strategien erkennbar sind, sondern Ähnlichkeiten überwiegen. Insbesondere trägt die These der älteren, vor allem mit dem ungleichen Wahlrecht argumentierenden Forschung nicht: Keineswegs sahen die Liberalen sich gezwungen einer straffen, maschinengleichen nationalen Parteiorganisation à la SPD nachzueifern. Sie setzten stattdessen in beiden Ländern bewusst auf das – ja durchaus lange Zeit erfolgreiche – Muster der losen Vereine, der liberalen Zeitungen und der Nominierung unabhängiger Honoratioren mit starkem Bildungs- und Gemeinwohlanpruch. Ihre Machtbasis bildeten dabei die in den Kommunen verankerten Netzwerke. Deren unterschiedliche Ausprägung und Wirkung in den vopolitischen Bereich hinein, so Willock, sei letztlich entscheidend für die Entwicklung in beiden Ländern gewesen.

Damit arbeitet Willock überzeugend die Wichtigkeit der kommunalen Lebenswelt, die »Bedeutung von Netzwerken in Familie, Nachbarschaft, Kirchen und Vereinen« (S. 16) heraus. Er weitet so den Blick der Parteienforschung, in der bisher doch allzu häufig die Honoratiorenparteien den Programm-, Milieu- und Lagerparteien entgegengesetzt wurden. In den Passagen, in denen Willock den Spagat zwischen Erwartungen vor Ort und den Anforderungen im Parlament beschreibt, zeigt er, dass beides zusammen gehen konnte. Es war mit dem spezifisch liberalen Politikverständnis vereinbar, vor Ort ein Milieu in Form von Kommunikationsnetzwerken aufzubauen und im Parlament seine Programmatik mit der Logik der Fraktionsdisziplin durchzusetzen. Willock erkennt hier geradezu getrennte Sphären. Ein Durchregieren zentralistischer Programmparteien in die Kommunen hinein widersprach dagegen dem Politikverständnis der Beteiligten. Solange die Politik vor Ort erfolgreich war, bestand keine Notwendigkeit, zentrale Strukturen zu stärken. Die Parteiorganisation blieb deshalb aber auch in beiden Ländern gleichermaßen »die Achillesferse des Liberalismus« (S. 498).

Eine neue kultur- und kommunikationshistorische Parteiengeschichte wird, auch wenn sie andere regionale Beispiele, womöglich aus anderen Zeiträumen aufgreifen mag, methodisch mit Gewinn auf das Buch von Michael Weaver und vor allem auf Mark Willocks Studie zurückgreifen. Beide Bücher sind wichtige Meilensteine zu einer historiografischen Neubewertung der Parteien, betonen sie doch akteurszentrierte Forschungsfragen, die Emotionen, Netzwerke und lokale Lebenswelt ernst nehmen.

Zitierempfehlung

Tobias Kaiser, Doppelrezension zu: Michael Weaver, *Political Friendship. Liberal Notables, Networks, and the Pursuit of the German Nation State, 1848–1866*, Berghahn Books, New York/Oxford 2024; Mark Willock, *Liberale Honoratioren im politischen Massenmarkt. Parteiorganisation und Wählermobilisierung in Deutschland und Großbritannien, 1867–1914*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2024, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82148.pdf>> [29.4.2026].